



Dienstag, 28. April 2026, 17:00 Uhr  
~7 Minuten Lesezeit

# Krank und ruiniert

Wer keine finanziellen Rücklagen besitzt, für den kann ein medizinischer Notfall schnell zur Katastrophe werden – selbst dann, wenn seine Chancen auf Genesung gut stehen.

von Günther Burbach  
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (PeopleImages, Golubovy)

*„Alle Wünsche werden klein gegen den, gesund zu sein.“ So zumindest sagt es der Volksmund. In Zeiten gesundheitlicher Krisen wird einem oft klar, wie wichtig die Probleme doch waren, mit denen man sich*

zuvor im Alltag herumgeplagt hat. Besonders die Vergänglichkeit materieller Güter und finanziellen Wohlstands wird einem schmerzlich bewusst, sobald der Körper nicht mehr mitspielt. Dieses Gefühl stellt sich jedoch nur dann ein, wenn zumindest so viel dieser vergänglichen Güter vorhanden sind, dass die notwendigen Behandlungen und Lebensstiländerungen kein finanzielles Fiasko auslösen. Das deutsche Gesundheitssystem hat den Anspruch, die Bürger dieses Landes nicht allein zu lassen in einem solchen Fall. Niemand soll hoch verschuldet aus dem OP-Saal geschoben werden wie etwa in den USA. Deshalb existieren verpflichtende Krankenversicherung und Krankengeld. Doch die Realität zeigt, wie lückenhaft dieses Auffangnetz ist und dass viele Menschen nicht das Privileg genießen, sich während einer schweren Erkrankung ausschließlich auf ihre Genesung zu konzentrieren.

**Ein Fall, wie er jederzeit in Deutschland geschehen kann, zeigt,** wie dünn das soziale Eis geworden ist. Wir schreiben den Januar 2026 und befinden uns in einem der neuen Bundesländer. Klaus K. ist knapp 60 Jahre alt und arbeitet für einen Stundenlohn von 16 Euro brutto in einem Bürojob. Er kommt mit seinem Gehalt zurecht, muss sich allerdings einschränken, seit die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Für einen Urlaub sparen oder Geld für anstehende Reparaturen zurücklegen, ist nicht mehr möglich. Sein Leben gleicht eher einem Überleben.

Seit ein paar Wochen nimmt er unfreiwillig immer mehr ab. Nachdem er 20 Kilo in einem Monat verloren hat, geht er schließlich

zum Arzt. Die Diagnose lautet: Verdacht auf Pankreaskarzinom sprich Bauchspeicheldrüsenkrebs. Drei Tage später wird er operiert; man entfernt ihm einen 3,5 Zentimeter großen Tumor. Mit spezieller künstlicher Ernährung kommt er langsam wieder zu Kräften. Die Ärzte meinen, wenn er sich stressfrei hält, seine Ernährung umstellt und spezielle Zusatzpräparate zu sich nimmt, kann er es schaffen, wieder ein fast normales Leben zu führen. Noch während Herr K. im Krankenhaus liegt, wird ihm gekündigt.

***Was jetzt beginnt, ist alles andere als das, was seine Ärzte ihm verschrieben haben. Er bekommt Zukunftsangst und weiß nicht, wie er seinen Lebensunterhalt bestreiten soll. Da er mittlerweile schon länger als sechs Wochen im Krankenstand ist, bekommt er Krankengeld. Jetzt fehlen ihm monatlich ein paar hundert Euro.***

Die Katastrophe bahnt sich an, als er die Nebenkostenabrechnung für seine Mietwohnung erhält: Er soll 700 Euro nachzahlen. Die Begründung des Vermieters lautet, Gas, Wasser und Strom seien teurer geworden. Als dann noch der Steuerbescheid des Finanzamtes, in dem er zu einer Nachzahlung von 1.500 Euro aufgefordert wird, ins Haus flattert, kippt sein Leben komplett.

Dieselben Menschen, die ihm Stressvermeidung auferlegt hatten, senden ihm eine Woche später eine Rechnung über 280 Euro für die Krankenhauszuzahlung. Herr K. müsste sich die für seine langfristige Genesung so wichtigen Nahrungsergänzungsmittel besorgen, kann dies aber wegen fehlender finanzieller Mittel nicht. Sein Stresspegel erhöht sich zunehmend, was sich negativ auf seinen ohnehin schon angeschlagenen Gesundheitszustand auswirkt, so dass er nach drei Wochen wieder ins Krankenhaus eingeliefert werden muss. Ohne sein Zutun ist Klaus K. – ein Mensch, der keinen Stress haben darf – in eine Situation geraten, die ausschließlich aus Stress besteht.

Dieser Fall ist kein Einzelfall. Laut Statistischem Bundesamt hat sich das Armutsrisiko im Jahr 2025 auf 16,1 Prozent erhöht, soll heißen: 13,3 Millionen Menschen gelten als armutsgefährdet. Wie kann das sein, in einem der angeblich reichsten Länder Europas? An unserem Beispiel können wir sehen, dass es jeden Menschen von jetzt auf gleich erwischen kann. Egal ob er im Vorfeld nie krank war und vierzig Jahre fleißig zur Arbeit gegangen ist – wird eine schwerwiegende Krankheit diagnostiziert, droht ihm der absolute soziale Abstieg. Auch Klaus K. hätte sich so etwas nicht träumen lassen. Doch er hatte Glück und konnte mit der Hilfe seiner Freunde und Familie, die ihm Geld liehen, wieder Tritt fassen und anschließend auch wieder Arbeit finden.

***Die Frage, die sich eigentlich hinter dieser Geschichte verbirgt, lautet: Kann man in Deutschland, wenn man im Mindestlohnsektor arbeitet, bei längerer Krankheit nur mit Hilfe finanzstarker Freunde und Familie das soziale Aus vermeiden?***

Wenn man sich die Bruttolöhne im Bürobereich ansieht, könnte man die Frage mit gutem Gewissen bejahen. Dabei verdient Klaus K. noch mehr als viele Büroangestellte. Gehen wir vom Mindestlohn 13,90 Euro aus, dann sind wir bei rund 2.300 Euro brutto bei einer 40-Stunden-Woche. Je nach Steuerklasse bleiben dann weniger als 1.900 Euro. Wer sich die gestiegenen Lebenshaltungskosten ansieht – Mieten, Energie, Lebensmittel –, erkennt schnell, was bei einem längeren Krankheitsfall passiert. Nachdem die vielleicht vorhandenen Rücklagen verbraucht sind, stehen die Betroffenen vor der Frage: einkaufen oder Strom und Miete zahlen? Sollte man dann mit einer Zahlung in Verzug kommen, beginnt eine Abwärtsspirale, die viele Familien ins soziale Abseits bringt. Wer trägt die Schuld an solchen, für ein reiches Industrieland eigentlich unwürdigen Verhältnissen?

Die Menschen, die für Mindestlohn arbeiten, sind es mit Sicherheit

nicht. Sie versuchen, so gut es geht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und mangels Alternativen nehmen sie, was sie bekommen. Dabei liegt es weniger an der Ausbildung der einzelnen Menschen als vielmehr an der strukturellen Umgebung. Auch werden heute in vielen Bereichen der Wirtschaft freie Arbeitsplätze fast nur noch von Personaldienstleistern angeboten, die fast überall nicht mehr als den Mindestlohn bezahlen. Das ist ein Versagen von Politik und Gewerkschaft: Was einst als Abfederung von Produktionsspitzen gedacht war, hat sich mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Arbeitsmarktes entwickelt. Wenn dann beides zusammenfällt – Mindestlohn und Krankengeld –, wird es finanziell sehr eng.

Das Krankengeld bedeutet in jedem Fall Einbußen am monatlichen Entgelt. Die Krankenversicherungen, die sich nach eigenen Angaben bereits an der Belastungsgrenze bewegen, werden daran nichts ändern. Es bräuchte eine politische Lösung, die bei niedrigen Gehältern einen Ausgleich bereitstellt. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen unverschuldet in Armut oder Obdachlosigkeit landen, weil ihnen zwei- oder dreihundert Euro im Monat fehlen.

***Viele Betroffene versuchen, die Situation so lange wie möglich zu kontrollieren. Sie zahlen Rechnungen später, schieben Ausgaben auf, hoffen, dass es sich irgendwie wieder einrenkt. Doch genau in dieser Phase entstehen neue Probleme: Mahnungen kommen, Fristen laufen ab, aus einzelnen Forderungen werden schnell größere Summen.***

Was zunächst nach wenigen hundert Euro aussieht, wächst innerhalb weniger Wochen zu einer Belastung, die kaum noch zu bewältigen ist.

Gleichzeitig fehlt die Kraft, sich darum zu kümmern. Wer eine

schwere Krankheit durchsteht, hat andere Sorgen, als Formulare auszufüllen, Fristen zu beachten oder Widersprüche einzulegen. Doch genau diese Dinge entscheiden darüber, ob jemand finanziell stabil bleibt oder weiter abrutscht. Was sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte zieht, ist die Erkenntnis, dass Millionen von arbeitenden Menschen nur einen Schritt vor dem sozialen Abgrund stehen. All die Menschen, die mit Mindestlohn ihr Dasein bewältigen, dürfen sich eigentlich nicht erlauben, schwer krank zu werden. Was ist also das ganze Gerede über wirtschaftlichen Fortschritt wert, wenn wir es als hochentwickeltes Industrieland nicht einmal schaffen, unsere arbeitenden Bürger vor dem sozialen Niedergang zu bewahren?

In Zeiten, in denen Milliarden für Waffen bereitgestellt werden, sollte es möglich sein, das soziale Überleben der arbeitenden Bevölkerung zu sichern – auch und vor allem im Krankheitsfall. Die Diskussionen laufen jedoch in eine andere Richtung: So sind steigende Krankenkassenbeiträge sowie noch höhere Zuzahlungen im medizinischen Bereich vermehrt wieder im Gespräch. Um solche Entscheidungen durchzusetzen, nimmt die Politik gerne Statistiken zur Hand, die zeigen sollen, dass der durchschnittliche deutsche Arbeitnehmer weit über 3.000 Euro brutto im Monat verdient. Wer solche Statistiken liest, könnte meinen, dass man mit diesen Bezügen auch nicht in Not gerät, wenn im Krankheitsfall drei- oder vierhundert Euro fehlen.

Was die Statistiken allerdings verschleiern, ist die Tatsache, dass zumeist ein Durchschnitt berechnet wird, der alle Regionen in einen Topf wirft: Regionen, in denen im Durchschnitt über 4.000 Euro brutto verdient werden, mit Regionen, in denen der Schnitt bei 2.000 Euro liegt. Anders ausgedrückt: Wenn der 7-jährige Enkel und seine 80-jährige Oma zusammen 87 Jahre alt sind, ist im Schnitt jeder der beiden 43,5 Jahre alt. Die Politik sollte endlich reagieren und entweder den Mindestlohn auf ein erträgliches Maß setzen oder die Leiharbeitsfirmen in die Pflicht nehmen. Wie das

funktioniert, kann man am Beispiel **Frankreich sehen** (<https://www.fr.de/wirtschaft/leiharbeiter-mehr-verdienen-11537792.html>), wo Leiharbeiter gesetzlichen Anspruch auf gleiche Bezahlung haben und durch Zusatzleistungen sogar mehr verdienen können als die Festangestellten.

Klaus K. hatte am Ende Glück: Freunde und Familie haben ihn aufgefangen. Ohne dieses Netz wäre seine Geschichte sehr wahrscheinlich anders ausgefallen. Und genau darin liegt das eigentliche Problem: Wer geregelter Arbeit nachgeht, sollte sich keine Gedanken darüber machen müssen, ob er im Falle einer schweren Krankheit im Armenhaus endet. Es ist traurig genug, dass die Entscheider in der Politik und auf Gewerkschaftsebene zugelassen haben, dass sehr viele Menschen zu Mindestlöhnen in Leiharbeitsfirmen arbeiten müssen. Es sollte also eine Selbstverständlichkeit sein, dass schwerkranke Menschen nicht auch noch in einen sozialen Abwärtsstrudel geraten, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt.

---



**Günther Burbach**, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick – immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.